

Protokollauszug aus der 33. öffentliche /nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur vom 20.12.2011

öffentlich

**Top 4 Museum Lindenstraße 54/55
11/SVV/0623
vertagt**

Im Ausschuss wurde sich darauf verständigt, die DS 11/SVV/0623, 11/SVV/0861 sowie 11/SVV/0947 als einen Tagesordnungspunkt zu behandeln.

Herr Dr. Hertle plädiert für die Trennung von Museum und Gedenkstätte.

Die Lindenstraße 54/55, in der sich auch das NS-Erbgesundheitsgericht und bis 1989 das Stasi-Untersuchungsgefängnis befanden, habe – anders als das Museum – mindestens regionale Strahlkraft.

Frau Poppe schließt sich den Ausführungen von Herrn Dr. Hertle an. Sie mahnt an, dass die Gedenkstätte bisher nicht im Tourismuskonzept der LHP verankert ist. Die Einengung in ein stadtgeschichtliches Konzept wird der Bedeutung der Gedenkstätte nicht gerecht.

Herr Ladner spricht sich ebenfalls für die Trennung der Gedenkstätte vom Potsdam Museum aus und schlägt eine Verselbständigung, eventuell in eine Kommunale Stiftung, vor.

Herr Wicke sieht eine überregionale Ausstrahlung des Potsdam Museums für durchaus vorhanden – so auch die Gedenkstätte in der Lindenstraße.

Bei einer Herauslösung der Gedenkstätte aus dem Potsdam Museum besteht, nach seiner Meinung, die Gefahr einer Entpolitisierung des Museums.

Herr Püschel äußert Kritik an der bisherigen Arbeit des Potsdam Museums, sieht bisher den Teil der NS-Geschichte des Hauses nicht berücksichtigt und spricht sich für die Überführung der Gedenkstätte in die Stiftung der Brandenburgischen Gedenkstätten aus.

Frau Hüneke weist darauf hin, dass es vor dem Stadtverordnetenbeschluss eine ausführliche Diskussionsrunde mit Expertinnen und Experten zum Thema „Potsdam-Museum“ gab. In dieser Runde wurde festgelegt, dass das Potsdam-Museum die Geschichte bis „gestern“ verfolgen solle. Sie stellt die Frage, warum dies abgebrochen werden solle. Die Lindenstraße als Teil des Potsdam-Museums könne einer der vielen Facetten der Geschichte präsentieren. Außerdem warte sie auf eine Antwort auf die Frage nach einer stadtgeschichtlichen Stiftung, die 1 Jahr zuvor von der Stadtverordnetenversammlung an die Verwaltung gestellt worden sei.

Frau Morgenroth erklärt, dass sie nun nach der eingehenden Diskussion von der Trennung von Potsdam-Museum und Gedenkstätte überzeugt sei.

Frau Dr. Schröter äußert, dass sie nicht der Ansicht sei, dass die Gedenkstätte vom Museum getrennt werden solle; dies bedeute auch eine Einengung. Sie schlägt vor, die nächste Sitzung des KA in der Gedenkstätte abzuhalten.

Herr Dr. Przybilski sieht in dem Konzept des Museums ein ganzheitliches Prinzip, dass zerstört würde, wenn die politische Komponente abgetrennt würde. Er weist darauf hin, dass die Mittel

für die Entwicklung der Gedenkstätte nicht da gewesen seien. Wenn dem Land Brandenburg die Gedenkstätte am Herzen läge, hätte es schon seit 20 Jahren fördern können.

Herr Schultheiß äußert seine Überraschung über die Meinung der Experten, die soeben gesprochen haben. Es sei anderer Auffassung. Seines Erachtens sei die jetzige Situation entstanden wegen der finanziellen und personellen Ausstattung der Gedenkstätte. Wenn eine bessere Ausstattung da sei, dann könne man auch bessere Ergebnisse erwarten. Er sei von der Trennung der beiden Einrichtungen noch nicht überzeugt.

Frau Engel-Fürstberger äußert ihr Missfallen darüber, dass das Ergebnis der Prüfung für eine Museums-Stiftung noch nicht vorliege. Sie bittet um baldige Präsentation der Ergebnisse.

Herr Dünn regt an ein Workshop-Verfahren zur Lösungsfindung zu veranstalten. Alternativ könnte er sich auch ein Hearing vorstellen.

Herr Meyer unterstützt diesen Vorschlag.

Frau Dr. Magdowski äußert, dass es schmerzlich sei, dass die Verwaltung mit der Prüfung der Stiftungsfrage noch nicht weiter sei.

Herr Dr. Scharfenberg sieht in der Lösung, die Gedenkstätte zunächst beim OBM-Bereich zu verankern, einen unbefriedigenden Zustand. Aus seiner Sicht müsse die Diskussion vor einer Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung zur Überführung in eine neue Trägerform weiter geführt werden.

Frau Dr. Lotz bringt zum Ausdruck, dass sich die Konzepte sowohl des Museums als auch der Gedenkstätte wahrscheinlich verbessert hätten im Vergleich zur Situation vor einigen Jahren. Warum solle über die Trennung der Einrichtungen jetzt entschieden werden?

Herr Dünn schlägt vor, Experten für Stiftungsfragen einzuladen und plädiert wiederum für ein offenes Werkstattverfahren.

Frau Engel-Fürstberger kritisiert die „stiefmütterliche Behandlung“ des Potsdam-Museums; Frau Dr. Lotz und Herr Przybiski schließen sich dieser Auffassung an.

Frau Hüneke äußert Kritik an der Trennung der Gedenkstätte vom Museum. Aus ihrer Sicht hätte erst das Ergebnis der Prüfung der Stiftungsfrage abgewartet werden müssen, bevor eine solche Entscheidung gefällt wird.

Frau Dr. Magdowski führt aus, dass bei dem Konzeptentwurf für die zukünftige Trägerschaft des Potsdam-Museums Frau von Prietz mitgewirkt habe. Sie merkt an, dass es sehr sinnvoll wäre, wenn Frau von Prietz die Prüfung des Betreibermodells vornehme.

Zum Museum Lindenstraße wird folgender Beschluss gefasst :

Der Antrag soll zurückgestellt werden, bis die Frage zur Überführung des Potsdam-Museums in eine Stiftung geklärt ist.

Die Mehrheit des Ausschusses für Kultur haben die Mitteilungsvorlage kritisch zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuss wird das Thema weiter diskutieren – die Entscheidung über die künftige Organisationsform muss die Stadtverordnetenversammlung treffen.

Der Ausschuss fordert zeitnah die Prüfung der Überführung des Potsdam-Museums in eine Stiftung

Der Ausschuss schlägt vor, die Diskussion in Form eines Workshops weiterzuführen.